

Beitrittskandidaten „Eine Art Regatta“



E. LENOIR / REUTERS

EU-Erweiterungskommissar **Johannes Hahn**, 60, über die Chancen der Westbalkan-Länder auf einen raschen EU-Beitritt

SPIEGEL: Am Dienstag stellt die EU ihre Strategie für den Westbalkan vor. Wann könnten Länder wie Serbien, Albanien oder Montenegro der Union beitreten?

Hahn: Das Tempo hängt von den individuellen Reformfortschritten ab. Die EU-Erweiterung ist eine Art Regatta. Aktuell segeln Montenegro und Serbien am weitesten vorn, die EU hat mit ihnen offiziell

le Verhandlungen eröffnet. 2025 könnten sie rein theoretisch der EU beitreten – aber nur, wenn sie alle Bedingungen dafür strikt erfüllen.

SPIEGEL: Die EU befindet sich derzeit selbst nicht in Bestform: Der Brexit ist längst nicht verdaut, zwischen östlichen und westlichen Mitgliedstaaten knirscht es. Ist es da sinnvoll, über neue Mitglieder nachzudenken?

Hahn: Eine schrittweise, faire Erweiterungspolitik ist zugleich Sicherheits- und Wirtschaftspolitik für alle EU-Bürger. Das zeigt ein Blick auf die Landkarte: Die Länder des westlichen Balkans liegen wie eine Enklave in der EU, ihre Probleme gehen uns direkt an: ob das Kriminalität ist, unkontrollierte Migration, wirtschaftliche Probleme oder

ethnische Spannungen. Dort darf kein Vakuum entstehen.

SPIEGEL: In der Vergangenheit hat sich die EU mit konkreten Jahreszahlen für Beitrittskandidaten zurückgehalten.

Warum nennen Sie jetzt eine für Serbien und Montenegro?

Hahn: Wenn wir wollen, dass die Politik vor Ort weiter Dampf macht bei den Reformen, ist es hilfreich, zumindest ein ambitioniertes Datum zu nennen. Ich sehe das vor allem als Ansporn. Wir sind sehr anspruchsvoll mit dem, was wir fordern: Mit unserer neuen Strategie setzen wir einen starken Fokus auf Justizreformen und innere Sicherheit, auf den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit, auf regionale Aussöhnung. Ein Land, das noch ungelöste Fragen mit seinen

Nachbarn hat, wie etwa Serbien mit dem Kosovo, kann der EU solange natürlich nicht beitreten.

SPIEGEL: Die bulgarische Ratspräsidentschaft erwägt, Beitrittsgespräche mit Albanien zu starten. Dort wirft die Bevölkerung der Regierung Verbindungen ins Drogenmilieu vor. Ein tauglicher Kandidat?

Hahn: Die Kommission plant, bald Empfehlungen über die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Mazedonien vorzulegen. Am Ende müssen die Mitgliedstaaten einstimmig entscheiden. Das Signal ist das gleiche wie für die anderen Westbalkan-Staaten: Unsere Tür ist grundsätzlich offen, hindurch geht es aber nur bei entsprechender Leistung. Das ist der Deal. mp

SPD Frauen fordern Vorsitz

Die Frauen in der SPD erheben Anspruch auf den Parteivorsitz. „Beim nächsten Wechsel auf dem Parteivorsitz ist es Zeit, dass nach mehr als 150 Jahren erstmals eine Frau Parteichefin wird“, fordert Elke Ferner, Chefin der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen: „Die SPD hat genug talentierte Frauen, die in der Lage sind, die Partei zu führen.“

In der SPD-Spitze wird über die Zukunft von Parteichef Martin Schulz diskutiert.

Dessen interne Ansage, in einer Großen Koalition zusätzlich Minister werden zu wollen, stößt auf Widerstand.

Die Sozialdemokraten planen, vor dem Mitgliedervotum über den Koalitionsvertrag die Ressortverteilung zwischen Union und SPD öffentlich zu machen. Allerdings wollen sie dabei keine Namen nennen.

In der Parteispitze wird damit gerechnet, dass es im Zuge der Regierungsbildung zu einer Debatte über die Gesamtaufstellung in der SPD kommt – also auch über den Vorsitz. vme



Protest gegen Feinstaub am Neckartor

CHRISTOPH SCHMIDT / DPA

Stuttgart Begrenzte Fahrverbote

Für besonders abgasbelastete Verkehrsknotenpunkte darf der Gesetzgeber auch dann begrenzte Fahrverbote erlassen, wenn dadurch Ausweichverkehr in anderen Straßen entsteht. Gegebenenfalls müsste der Staat den Ausweichverkehr „ebenfalls unterbinden“, so das Verwaltungsgericht Stuttgart in einem Beschluss, das den Anrainern des Stuttgarter Neckartors und der Regierung von Baden-Württemberg jetzt zugegangen ist. Die Anwohner des Neckartors

und das Land hatten sich auf eine Reduzierung des Verkehrs um 20 Prozent an Tagen mit zu hoher Feinstaubbelastung per Vergleich geeinigt, das Land will diesen aber nicht umsetzen. Kommt Baden-Württemberg diesem Beschluss bis Ende April nicht nach, droht ein Zwangsgeld von 10.000 Euro. Vergangenen Montag hatte schon das Verwaltungsgericht München ein Zwangsgeld von zunächst 4.000 Euro gegen den Freistaat Bayern verhängt. Die EU-Kommission droht Deutschland wegen hoher Luftverschmutzung mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof. fri

Zeitgeschichte Kohl spendete NS-Verbrechern

Kanzler Helmut Kohl (1930 bis 2017) hat als junger Politiker für NS-Verbrecher gespendet. Das zeigen jetzt aufgetauchte Unterlagen. Darin erzählt Kohl, er habe in etwa 200 Mark pro Jahr an das „Hilfswerk Hauser“ gezahlt, das für inhaftierte NS-Verbrecher und deren Angehörige gesammelt habe. Gemeint ist das „Sozialwerk“ der Hiag – des Traditionsverbands der Waffen-SS. Es wurde 1962 nach Paul Hauser benannt. Kohl hielt den Generaloberst der Waffen-SS für einen „anständigen Mann“. Dabei hatten dessen Einheiten Kriegsverbrechen begangen. Hauser warb damals bei Politikern für die Altersversorgung seiner Kameraden und trug zur Verschleierung von NS-Verbrechen bei. Noch als Kanzler zeigte Kohl Verständnis für die Waffen-SS. 1985 verursachte er einen Skandal, als er mit US-Präsident Ronald Reagan einen Soldatenfriedhof in Bitburg besuchte, auf dem auch Angehörige der Waffen-SS begraben liegen. klw